



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

11/2014 14.03.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:

Andreas Hauer

[Gerichtbarkeit des öffentlichen Rechts](#)

Die **AKTUELLE NEUAUFLAGE** berücksichtigt ua die zur neuen Verwaltungsgerichtsbarkeit erster und zweiter Instanz ergangene Literatur, bezüglich der Verfassungsgerichtsbarkeit auch die ab 2015 in Wirksamkeit tretende Gesetzesbeschwerde und zur EGMR-Gerichtbarkeit die Neuregelung der Wahrung der Beschwerdefrist.

35 Euro, 3. Auflage, 356 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand: 1. Jänner 2014, ISBN 978-3-902883-12-4.

Zu beziehen ua über www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 14/2014](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000**, BGBl Nr 697/1993 geändert wird (Ausdehnung der Übergangsbestimmung zur Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle hinsichtlich der aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln gegen Bescheide in Verfahren, die vor dem 31. Dezember 2012 eingeleitet wurden und gegen die nach der bis zum 31. Dezember 2013 geltenden Rechtslage kein ordentliches Rechtsmittel zulässig wäre, auf alle Verfahren nach dem dritten Abschnitt)

[BGBl I 15/2014](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Bundesgesetz über die Universität für Weiterbildung Krems** (DUK-Gesetz 2004) geändert wird (Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Einrichtung von „Doctor of Philosophy“-Doktoratsstudien – „PhD“-Studien)

[BGBl I 16/2014](#)

Bundesgesetz, mit dem das **Universitätsgesetz 2002** geändert wird (gesetzliche Klarstellungen zum Studium der Humanmedizin an der Universität Linz auf Grund der Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über die Errichtung und den Betrieb einer Medizinischen Fakultät)

[BGBl I 17/2014](#)

Bundesgesetz, mit dem eine **Ermächtigung zur Verfügung über Bundesvermögen** erteilt wird (Schaffung der haushaltsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Übereignung von Gerät und Versorgungsgütern, die den Vereinten Nationen im Rahmen der Beobachtertruppe der Vereinten Nationen für die Truppenentflechtung (UNDOF) zur Verfügung gestellt wurden)

[BGBl I 18/2014 \(Anlage 1, Anlage 2\)](#)

Vereinbarung gemäß Art 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Oberösterreich über die **Errichtung und den Betrieb einer Medizinischen Fakultät** und die **Einrichtung des Studiums der Humanmedizin an der Universität Linz**

[BGBl I 19/2014](#)

Kundmachung des Bundesministers für Kunst und Kultur, Verfassung und öffentlichen Dienst über den Beitritt der Länder Kärnten und Wien zur Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über den **weiteren Ausbau ganztägiger Schulformen**

[BGBl II 53/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen betreffend die Anmeldung verbrauchsteuerpflichtiger Tabakwaren im privaten Reiseverkehr (**Tabakwarenanmeldeverordnung 2014**)

II. Amtsblatt der EU

[ABl L 72 v 12.03.2014, 1](#)

Verordnung (EU) Nr 223/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2014 zum **Europäischen Hilfsfonds** für die am **stärksten benachteiligten** Personen

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

26.02.2014, [G 88/2013](#)

StaatsbürgerschaftsG 1985; Verstoß von Bestimmungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1985 in der Fassung vor der Novelle 2013 über die **Rechtsvermutung des Staatsbürgerschaftserwerbs kraft Abstammung** gegen die EMRK wegen Ungleichbehandlung von ehelich und unehelich geborenen Kindern; Unsachlichkeit der Vorschriften für vor dem 1. September 1983 im Gebiet der Republik geborene Kinder mangels bestehender Übergangsregelungen

B. Verwaltungsgerichtshof

23.10.2013, [2013/13/0100](#)

VwGG; die in **§ 26 Abs 1 VwGG** normierte **sechswöchige Frist** zur Einbringung einer Beschwerde an den VwGH ist – anders als die Berufungsfrist im Abgabenverfahren – **nicht erstreckbar**. Ein darauf abzielender Antrag ist unzulässig und hat auch keinen Einfluss auf den Lauf der Beschwerdefrist; Beschwerden, die mit dem Ziel, auf dem Umweg eines Verbesserungsverfahrens eine Verlängerung der Beschwerdefrist zu erlangen, bewusst mangelhaft eingebracht werden, sind **ohne Durchführung eines Verbesserungsverfahrens** zurückzuweisen

29.01.2014, [2012/01/0053](#)

Kärntner ProstitutionsG; eine Bordellbewilligung nach § 5 Kärntner ProstitutionsG vermittelt ein **persönliches Recht**; Täter des angelasteten Tatbestandes (§ 16 Abs 1 lit a Kärntner ProstitutionsG) ist, wer ein **Bordell ohne Bewilligung** be-

treibt; dass eine andere Person – ein Vertragspartner – über eine Bordellbewilligung verfügt, entlastet den Bf vom Vorwurf, er habe das Bordell ohne Bewilligung betrieben, nicht

30.01.2014, [2013/10/0266](#)

UniversitätsG; § 79 Abs 1 zweiter Satz UniversitätsG soll – wie auch durch das Abstellen auf einen „schweren Mangel“ deutlich wird – eine Kontrolle der Durchführung von Prüfungen in Hinblick auf „Exzesse“ ermöglichen; der Umstand einer – wenn auch längeren – **Wartezeit eines Prüfungskandidaten für das Aufsuchen der Toilette** begründet für sich noch keinen Mangel in der Durchführung der (schriftlichen) Prüfung; eine mit der Prüfung verbundene, durch psychische Anspannung hervorgerufene (bloße) Leistungsbeeinträchtigung reicht – jedenfalls im Regelfall – nicht aus, um eine unter dem Gesichtspunkt des § 79 Abs 1 zweiter Satz UniversitätsG erhebliche „Prüfungsunfähigkeit“ des Kandidaten herbeizuführen

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 07.02.2014, [2000724-1](#)

VwGVG; gem **§ 24 Abs 2 Z 1 VwGVG** kann eine Verhandlung entfallen, wenn bereits auf Grund der Aktenlage feststeht, dass der mit Beschwerde angefochtene Bescheid aufzuheben ist; wird der Bescheid **nur teilweise bekämpft** und in genau diesem Umfang auch behoben, kann, da der bekämpfte Teil des Bescheides vollständig und nicht nur teilweise behoben wird und auch keine Abänderung des bekämpften Spruchteils erfolgt, eine **Verhandlung unterbleiben**

BVwG 14.02.2014, [1429901-1](#)

VwGVG; im Gegensatz zum bisherigen § 66 Abs 2 AVG ist zur **Entscheidung in der Sache selbst** nicht mehr Voraussetzung, dass zur Ermittlung des (bisher unvollständig ermittelten) Sachverhalts eine Verhandlung notwendig wäre; viel mehr liegen die Voraussetzungen von § 28 Abs 3 Satz 2 VwGVG vor, wenn die Behörde **notwendige Sachverhaltsermittlungen nicht vorgenommen** hat und soweit – diesfalls würde das Verwaltungsgericht obligatorisch meritorisch entscheiden müssen – die Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts durch das VwGt selbst im Interesse der Raschheit gelegen oder mit einer erheblichen Kostenersparnis verbunden ist

BVwG 20.02.2014, [2000237-1](#)

ORF-G; nach den Vorstellungen des Gesetzgebers erstreckt sich der Versorgungsauftrag des ORF in Bezug auf die Programme gem § 3 Abs 1 ORF-G allein auf die **terrestrische Verbreitung**; es kann nicht davon ausgegangen werden, dass die ggst Kosten für die Registrierung einer Digital-SAT-Karte eine **unzulässige Überwälzung** an den Nutzer darstellen, zumal der zugemutete finanzielle Aufwand (18 Euro) jenen im Bereich der digitalen Terrestrik in keiner Weise übersteigt

BVwG 26.02.2014, [1426340-2](#)

AVG; die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ist zu bewilligen, wenn die Partei glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, die Frist einzuhalten oder zur Verhandlung zu erscheinen und sie kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft; der **Rechtsberater ist kein Vertreter iSd § 10 AVG**; das Versäumnis sich um die fristgerechte Erstellung und Einbringung einer Beschwerde zu kümmern, kann **keinesfalls als milderer Grad des Verschuldens** gesehen werden

LVwG Oö 03.03.2014, [LVwG-550145](#)

Oö Flurverfassungs-LandesG; Zurückweisung der Beschwerde, da sich diese ausschließlich auf nicht verfahrensgegenständliche Grundzuteilungen bezieht; davon abgesehen gehen schon im Verfahren zur bloßen Erlassung des Planes der gemeinsamen Maßnahmen und Anlagen erhobene Einwendungen gegen die allfällige Gesetzwidrigkeit von **erst im Flurbereinigungsplan definitiv festzulegenden Abfindungen** ins Leere

LVwG Oö 04.03.2014, [LVwG-800009](#)

GewO; ein Verstoß gegen § 93 Abs 1 GewO stellt ein **Unterlassungsdelikt** dar, das **erst mit der Erstattung der unterlassenen Anzeige beendet** ist; davon ausgehend hätte daher im gegenständlichen Fall nicht für jeden Kontrollzeitpunkt eine eigenständige Strafe, sondern lediglich eine Gesamtgeldstrafe verhängt werden dürfen; im Hinblick auf das in § 51 Abs 6 VStG normierte **Verbot der reformatio in peius** war daher der Beschwerde insoweit stattzugeben, als eine Gesamtstrafe festzusetzen war, deren Ausmaß jenes der höchsten der verhängten Einzelgeldstrafen nicht übersteigt

LVwG Oö 05.03.2014, [LVwG-410096](#)

GlücksspielG; Unzulässigkeit der ausschließlich der Finanzpolizei – und nicht dem Finanzamt – zurechenbaren Beschwerde **mangels Behördenqualität der Finanzpolizei** und damit mangels Parteistellung; die Einstellung eines Strafverfahrens nach § 45 VStG in einem **Mehrparteienverfahren** hat im Wege eines Bescheides zu erfolgen; davon ausgehend hätte die Bf zunächst die Zustellung eines entsprechenden Bescheids begehren müssen; da ein solcher Bescheid jedoch seitens der LPD Oö bislang nicht erlassen wurde, mangelt es der vorliegenden Beschwerde auch an einem tauglichen Beschwerdegegenstand

LVwG Oö 07.03.2014, [LVwG-000013](#)

Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG; aus der getrennten Androhung von Sanktionen wegen Zuwiderhandeln gegen § 38 bzw § 39 **Lebensmittelsicherheits- und VerbraucherschutzG** ergibt sich, dass der Gesetzgeber die im Zuge der **Durchführung der behördlichen Kontrolle** bestehenden Pflichten des Unternehmers systematisch von jenen unterscheidet, die sich für Letzteren (erst) **als Resultat einer solchen Kontrolle** ergeben; die **wechselseitig zu trennenden Verfahrensstrukturen** wurden im gegenständlichen Fall in unzulässiger Weise dadurch vermischt, dass die Bf nicht wegen einer unterlassenen, zuvor bescheidmäßig vorgeschriebenen Mängelbehebung, sondern wegen der Nichtbefolgung einer die Durchführung der Kontrolle selbst betreffenden Anordnung des Aufsichtsorganes bestraft wurde, eine solche jedoch hier zweifelsfrei nicht ergangen ist

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Bgld 24.02.2014, [Ü HG1/02/2014.021/004](#)

VwGVG; AbfallwirtschaftsG; der Gesetzgeber stellt in **§ 28 VwGVG** – abgesehen von den Aspekten der Raschheit und Kostenersparnis - nur darauf ab, dass die Behörde „notwendige Ermittlungen des Sachverhaltes unterlassen hat“; es kommt weder auf die **Vorwerfbarkeit des Unterlassens** noch darauf an, ob die **Unterlassung erst im Berufungsverfahren hervorgekommen** ist

LVwG NÖ 17.02.2014, [LVwG-AB-12-0019](#)

AbfallwirtschaftsG 2002; die bloße **kensenslose Ablagerung von Abfällen** erfüllt für sich alleine noch nicht den Begriff „Deponie“ bzw „Deponieanlage“ und stellt keine Anlage iSd AbfallwirtschaftsG 2002 dar; ohne einen entsprechenden Betrieb einer Anlage kann aber auch keine Maßnahme gemäß § 62 Abs 2a AbfallwirtschaftsG 2002 vorgeschrieben werden

LVwG NÖ 19.02.2014, [LVwG-WU-13-1001](#)

ÄrzteG 1984; eine Gewerbeanmeldung ersetzt nicht die erforderliche Berechtigung zur Vornahme von den **Ärzten vorbehaltenen Tätigkeiten**; die Verwendung einer die **energiwellenabschirmende Kapsel und eines Generators zur Erzeugung von Negativwellen** um verschiedene **Krebsformen zu bekämpfen**, spricht für eine die Ausübung des ärztlichen Berufes; in der Annahme, dass die angepriesenen Methoden, mit **Bioelektrik und bioelektromagnetischen Wellen** einen neuen Weg gefunden zu haben, um Krebs bzw andere schwerwiegende Erkrankungen zu heilen, angewendet werden, ist von einer die Ausübung des ärztlichen Berufes umfassenden Tätigkeit auszugehen

LVwG NO 20.02.2014, [LVwG-AB-14-0221](#)

AVG; VwGVG; die **Zurückziehung eines Ansuchens** kommt dem **Verzicht auf die erhobene Berufung nicht gleich**, weil im Falle der Zurückziehung des verfahrenseinleitenden Antrages der erstinstanzliche Bescheid wegen entzogener Grundlage ersatzlos aufzuheben ist

LVwG NÖ 20.02.2014, [LVwG-AV-391/001-2014](#)

NÖ BauO 1996; bei der Beurteilung nach § 35 Abs 2 Z 3 der NÖ BauO 1996, ob eine **fehlende Baubewilligung** noch **nachträglich erteilt** werden kann, hat die Möglichkeit einer **künftigen Änderung der Sach- und Rechtslage** – also zB die Umwidmung eines Grundstückes allenfalls durch eine in Aussicht genommene Änderung des Flächenwidmungsplanes oder eine zukünftige mögliche Bebaubarkeit des Grundstückes durch diverse Hochwasserschutzmaßnahmen – **außer Betracht zu bleiben**

LVwG Tir 26.02.2014, [LVwG-2014/22/0180-2](#)

Tir BauO; bei Instandsetzungsaufträgen (wie auch sonst bei baupolizeilichen Aufträgen) muss klar und deutlich umschrieben werden, **welche Mängel** vorliegen und **va welche Maßnahmen** vom Bescheidadressaten zur Behebung dieser Mängel gesetzt werden müssen; die an die Bestimmtheit eines baupolizeilichen Auftrages zu richtenden Anforderung dürfen keinesfalls überzogen werden; im Zusammenhang mit **verwaltungspolizeilichen Aufträgen** ist die Berufungsbehörde nicht berechtigt, zusätzlich zu einem in erster Instanz erteilten Auftrag einen **vom ersten Auftrag trennbaren** weiteren Auftrag zu erteilen

LVwG Tir 26.02.2014, [LVwG-2014/34/0225-4](#)

Satzung Agrargemeinschaft; wenn zufolge der Satzung einer Agrargemeinschaft die Angelegenheit „Erhebung eines Rechtsmittels gegen eine agrarbehördliche Entscheidung“ im **Wirkungsbereich des Ausschusses** liegt, so ist der Obmann ohne Deckung durch einen **entsprechenden Beschluss** des Ausschusses nicht in der Lage, eine solche Berufung rechtswirksam zu erheben

LVwG Tir 05.03.2014, [LVwG-2014/34/0467-4](#)

WasserrechtsG 1959; die **Zulässigkeit des wasserpolizeilichen Auftrags** nach § 138 Abs 1 lit a WasserrechtsG 1959 ist davon abhängig, ob es durch die Weiterbenützung der gegenständlichen Abwasserreinigungsanlage zu einer Verletzung der in § 105 Abs 1 WasserrechtsG 1959 genannten **öffentlichen Interessen** kommt bzw gekommen ist; eine dem **Stand der Technik** nicht mehr entsprechende mechanische Kläranlage durch Zuleitung – gegenüber einem Reinigungsergebnis im biologischen Verfahren – vermeidbarer Schmutzfrachten in den Vorfluter ist grundsätzlich geeignet, die im § 105 Abs 1 lit e WasserrechtsG 1959 beschriebenen öffentlichen Interessen zu beeinträchtigen

LVwG Tir 07.02.2014, [LVwG-2013/12/1307-2](#)

ZustellG; RechtshilfeAbk Deutschland 1990; Art 10 des Abkommens BGBl Nr 526/1990 bestimmt, dass Schriftstücke in Verfahren nach Art 1 Abs 1 unmittelbar **durch die Post** nach den für den Postverkehr zwischen den Vertragsstaaten geltenden Vorschriften übermittelt werden; für die Frage **der Heilung von Mängeln** einer im Ausland erfolgten Zustellung ist grundsätzlich **§ 7 ZustellG maßgeblich**, es sei denn, aus einem internationalen Abkommen ergebe sich ausdrücklich oder von seiner Zwecksetzung her Gegenteiliges

LVwG VlbG 05.03.2014, [LVwG-429-002/13](#)

SicherheitspolizeiG; Richtlinien-VO; § 4 Richtlinien-VO (Freiwilligkeit) ist auf die Aufforderung, die Atemluft auf Alkoholgehalt untersuchen zu lassen, bzw sich Blut abnehmen zu lassen, nicht anwendbar, und zwar auch dann nicht, wenn sich herausstellen sollte, dass die Aufforderung durch die Polizeibeamten in der **fälschlichen Annahme erfolgte, sie sei rechtmäßig**

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[12.03.2014, Rs C-457/12, S](#)

Art 20 AEUV, 21 Abs 1 AEUV und 45 AEUV – Richtlinie 2004/38/EG – Recht, sich im **Hoheitsgebiet** der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Berechtigte – **Aufenthaltsrecht** eines Drittstaatsangehörigen, der Familienangehöriger eines **Unionsbürgers** ist, in dem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit der Unionsbürger besitzt – Unionsbürger, der seinen Wohnsitz in dem Mitgliedstaat hat, dessen **Staatsangehörigkeit** er besitzt – Berufstätigkeit – **Regelmäßiges Reisen** in einen anderen Mitgliedstaat

[12.03.2014, Rs C-456/12, O](#)

Richtlinie 2004/38/EG – Art 21 Abs 1 AEUV – Recht, sich im **Hoheitsgebiet** der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten – Berechtigte – **Aufenthaltsrecht** eines Drittstaatsangehörigen, der **Familienangehöriger** eines Unionsbürgers ist, in dem **Mitgliedstaat**, dessen Staatsangehörigkeit der **Unionsbürger** besitzt – Rückkehr des Unionsbürgers in diesen Mitgliedstaat nach **Kurzaufhalten** in einem anderen Mitgliedstaat

[13.03.2014, Rs C-599/12, Jetair und BTW-*eenheid* BTWE Travel4you](#)

Mehrwertsteuer – Sonderregelung für **Reisebüros** – Umsätze außerhalb der **Europäischen Union** – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 28 Abs 3 – Richtlinie 2006/112/EG – Art 370 – ‚**Stillhalte**‘-Klauseln – Änderung der nationalen **Rechtsvorschrift** während der Umsetzungsfrist

[13.03.2014, Rs C-548/12, Brogsitter](#)

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gerichtliche Zuständigkeit in **Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Besondere Zuständigkeiten – Art 5 Nrn 1 und 3 – Zivilrechtliche **Haftungsklage** – Vertragsrechtliche oder **deliktsrechtliche** Natur

[13.03.2014, Rs C-512/12, Octapharma France](#)

Rechtsangleichung – Richtlinie 2001/83/EG – Richtlinie 2002/98/EG – **Geltungsbereich** – Labiles Blutprodukt – Nach einem industriellen **Verfahren** hergestelltes Plasma – Gleichzeitige oder ausschließliche **Anwendung** der Richtlinien – **Möglichkeit** eines Mitgliedstaats, für Plasma eine **strengere Regelung** vorzusehen als für Arzneimittel

[13.03.2014, Rs C-464/12, ATP PensionService](#)

Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Befreiungen – Art 13 Teil B Buchst d Nrn 3 und 6 – **Sondervermögen** – Systeme der betrieblichen Altersversorgung – **Verwaltung** – Umsätze im Einlagengeschäft und im Kontokorrentverkehr sowie im **Zahlungs- und Überweisungsverkehr**

[13.03.2014, Rs C-375/12, Bouanich](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – Art 49 AEUV – **Niederlassungsfreiheit** – Einkommensteuer der **natürlichen Personen** – Regelung betreffend die **Obergrenze** für die direkten Steuern nach Maßgabe der Einkünfte – **Bilaterales Abkommen** zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung – Besteuerung von **Dividenden**, die von einer in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen **Gesellschaft** ausgeschüttet wurden und bereits der **Quellensteuer** unterlagen – Keine oder nur **teilweise Berücksichtigung** der im anderen **Mitgliedstaat** gezahlten Steuer bei der Berechnung der **steuerlichen Obergrenze** – Art 65 AEUV – Beschränkung – Rechtfertigung

[13.03.2014, Rs C-366/12, Klinikum Dortmund](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie – Befreiungen – Art 13 Teil A Abs 1 Buchst b – Lieferung von Gegenständen – Lieferung von **Zytostatika** zur ambulanten Behandlung – **Leistungen** verschiedener Steuerpflichtiger – Art 13 Teil A Abs 1 Buchst c – Heilbehandlungen – Arzneimittel, die von einem in einem Krankenhaus **selb-**

ständig tätigen Arzt verschrieben worden sind – Eng verbundene **Umsätze** – Nebenleistungen der Heilbehandlung – In tatsächlicher und in **wirtschaftlicher Hinsicht** untrennbare Umsätze

[13.03.2014, Rs C-222/12, Karuse](#)

Straßenverkehr – Verordnung (EG) Nr 561/2006 – Pflicht zur Verwendung eines **Fahrtenschreibers** – Ausnahme für Fahrzeuge, die in **Verbindung** mit der Straßenerhaltung eingesetzt werden – **Fahrzeug**, das Kies vom Verladeort an einen Ort befördert, an dem **Straßenerhaltungsarbeiten** durchgeführt werden

[13.03.2014, Rs C-204/13, Malburg](#)

Steuern – Mehrwertsteuer – Entstehung und Umfang des **Rechts auf Vorsteuerabzug** – Auflösung einer Gesellschaft durch einen **Gesellschafter** – Erwerb eines Teils des Mandantenstamms dieser Gesellschaft – **Sacheinlage** in eine andere Gesellschaft – Zahlung der **Vorsteuer** – Möglicher Abzug

[13.03.2014, Rs C-190/13, Márquez Samohano](#)

Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – **EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung** über befristete Arbeitsverträge – Universitäten – **Assistenzprofessoren** – Aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge – Paragraph 5 Nr 1 – Maßnahmen zur **Vermeidung** von Missbrauch durch aufeinanderfolgende **befristete Arbeitsverträge** – Begriff ‚sachliche Gründe‘, die derartige Verträge rechtfertigen – Paragraph 3 – Begriff ‚unbefristeter Arbeitsvertrag‘ – **Sanktionen** – Abfindungsanspruch – **Ungleichbehandlung** von Dauerbeschäftigten

[13.03.2014, Rs C-155/13, SICES ua](#)

Landwirtschaft – Verordnung (EG) Nr 341/2007 – Art 6 Abs 4 – **Zollkontingente** – Knoblauch mit Ursprung in China – Einfuhrlizenzen – Keine **Übertragbarkeit** der Rechte, die sich aus bestimmten **Einfuhrlizenzen** ergeben – Umgehung – Rechtsmissbrauch

[13.03.2014, Rs C-132/13, Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Rechtsangleichung – Richtlinie 2006/95/EG – Begriff ‚**elektrische Betriebsmittel**‘ – CE-Konformitätskennzeichnung – **Gehäuse** für mehrpolige **elektrische** Steckverbindungen

[13.03.2014, Rs C-107/13, FIRIN](#)

Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Vorsteuerabzug – Leistung von **Anzahlungen** – Versagung des Vorsteuerabzugs – Steuerhinterziehung – Berichtigung des **Vorsteuerabzugs**, wenn der steuerpflichtige Umsatz nicht bewirkt wird – Voraussetzungen

[13.03.2014, Rs C-52/13, Posteshop](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Richtlinie 2006/114/EG – Begriffe ‚**irreführende Werbung**‘ und ‚vergleichende Werbung‘ – Nationale Regelung, die irreführende und **unzulässige** vergleichende Werbung als zwei verschiedene unerlaubte **Handlungen** behandelt

[13.03.2014, Rs C-38/13, Nierodzik](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Sozialpolitik – Richtlinie 1999/70/EG – EGB-UNICE-CEEP-Rahmenvereinbarung über befristete Arbeitsverträge – Paragraph 4 – Begriff ‚**Beschäftigungsbedingungen**‘ – Kündigungsfrist eines befristeten Arbeitsvertrags – **Ungleichbehandlung** gegenüber Dauerbeschäftigten

[13.03.2014, verb Rs C-29/13 und C-30/13, Global Trans Lodzhistik](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Zollkodex der Gemeinschaften – Art 243 und 245 – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 181a – Anfechtbare Entscheidung – **Zulässigkeit** einer Klage ohne vorherigen **Verwaltungsrechtsbehelf** – Grundsatz der **Wahrung** der Verteidigungsrechte

B. Schlussanträge

13.03.2014, Rs C-562/12, Liivimaa Lihaveis (GA Jääskinen)

Verordnung (EG) Nr 1083/2006 – Verordnung (EG) Nr 1080/2006 – Europäischer Fonds für **regionale Entwicklung** – Befugnisse eines Begleitausschusses für ein **operationelles Programm** mit dem Ziel der Förderung der europäischen territorialen **Zusammenarbeit** – Gemeinsames Programm zweier Mitgliedstaaten – Aufteilung der **Verantwortung** zwischen Begleitausschuss und Verwaltungsbehörde des Programms – **Verbot** der gerichtlichen Überprüfung von Entscheidungen des **Begleitausschusses** – Art 47 der EU-Grundrechtecharta – Begriff der **Durchführung** des Unionsrechts – Handlungen der Einrichtungen oder sonstigen Stellen der Union nach Art 263 AEUV – Anfechtbare Handlungen – **Nationale Verfahrensautonomie** – Grundsätze der Effektivität und Äquivalenz

13.03.2014, Rs C-66/13, Green Network (GA Bot)

Umwelt – Förderung erneuerbarer Energieträger – **Richtlinie 2001/77/EG** – Herkunftsnachweise – Abschluss eines bilateralen Abkommens mit der **Schweizerischen Eidgenossenschaft** über die Anerkennung von **Herkunftsnachweisen** durch einen **Mitgliedstaat** – Außenzuständigkeit der Europäischen Union

13.03.2014, Rs C-48/13, Nordea Bank (GA Kokott)

Steuerrecht – Niederlassungsfreiheit – **Nationale Ertragsteuer** – Konzernbesteuerung – Besteuerung der Tätigkeit ausländischer Betriebsstätten inländischer Gesellschaften – Vermeidung der **Doppelbesteuerung** durch Steueranrechnung (**Anrechnungsmethode**) – Nachbesteuerung zuvor berücksichtigter Verluste bei Veräußerung der **Betriebsstätte** im Konzern unter Wegfall des Besteuerungsrechts

C. Gericht

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

11.03.2014, Beschwerde Nr. 26827/08, *Abdu / Bulgarien*

Verletzung von **Art 3** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) iVm **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot); **gewalttätiger Übergriff** auf den Bf wurde trotz Vorliegens eindeutiger Indizien von den Behörden nicht dahingehend untersucht, ob die Tat **rassistisch motiviert** war; Verletzung der **Untersuchungspflichten**

11.03.2014, Beschwerde Nr. 52067/10 ua, *Howald Moor ua / Schweiz*

Verletzung von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf Zugang zu Gericht); **Schadenersatzklage** des an **Krebs erkrankten** Bf, der in den 1960er und 1970er Jahren beruflich Asbest ausgesetzt war, wurde aufgrund verstrichener **Verjährungsfrist** abgewiesen; Tatsache, dass eine Krankheit erst Jahre später diagnostiziert werden kann, muss bei Berechnung der Verjährungsfrist **berücksichtigt** werden

12.03.2014, Beschwerde Nr. 26828/06, *Kurić ua / Slowenien*

Art 41 (Gerechte Entschädigung) und **Art 46 EMRK** (Verbindlichkeit und Durchführung der Urteile); keine hinreichende Umsetzung eines **Urteils** der Großen Kammer, mit dem im Zusammenhang mit dem Verlust des dauerhaften Aufenthaltsrechts nach Auflösung der ehemaligen Republik Jugoslawien **Konventionsverletzungen** festgestellt und die Entwicklung eines **Ausgleichsplans aufgetragen** wurden; Festsetzung **gerechter Entschädigungszahlungen** für Bf

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck, Wiss.-Mit. Matthäus Schmied

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.